

Robert Urbé

Armut? Was ist das?

Der Begriff Armut ist sehr vielfältig und deshalb fallen arme Menschen in reichen Ländern nicht immer auf.

1. Monetäre Armut

Es gibt verschiedene Verständnisse von Armut, und denen wollen wir hier nachgehen. Zuerst wollen wir uns mit der Definition der monetären Armut auseinandersetzen. In der weltweiten Armutsdiskussion, die uns hier aber weniger beschäftigt, wird oft derjenige als arm definiert, der weniger als zwei US-Dollar pro Tag zum Leben übrig hat, als extrem arm derjenige, der weniger als einen US-Dollar zur Verfügung hat.¹ Dies bezeichnet man als absolute Armut. In der Europäischen Union (EU) hingegen hat man sich darauf geeinigt, von einem relativen Armutsbegriff auszugehen. Armut wird also in Bezug zur Gesellschaft gesetzt, in der der Arme lebt. Selbst bei Betrachtung des absoluten Armutsbegriffs ist uns sofort klar, dass man diese Frage nicht losgelöst von einer konkreten Gesellschaftssituation sehen kann: Während jemand mit zwei Dollar pro Tag in Nicaragua beispielsweise sicher zu den Armen gehört, aber irgendwie noch überleben kann, kann sich niemand vorstellen, wie es wäre, in Luxemburg mit zwei Dollar pro Tag auskommen zu müssen.

Das Maß für relative Armut, die Armutsrisikoquote – viel gescholten wegen ihrer angeblich mangelhaften Aussagekraft und dass sie nicht die effektive Realität widerspiegeln – ist nichtsdestotrotz der europaweit beste Armutsindikator, weswegen er ja wohl auch als einer von drei Indikatoren

zur Messung der Erreichung des Ziels der Armutsverringerung in der Strategie Europa 2020 benutzt wird. Allerdings sollte er nicht alleine genutzt werden und man sollte ihn auch genau kennen, mit seinen Stärken und Schwächen.

Ein Indikator indiziert, er gibt an, er weist hin. Er beschreibt nicht, er malt kein komplettes Bild. Demnach beschreibt ein Armutsindikator nicht die Armut, sondern gibt Hinweise, anhand derer man Armut besser begreifen kann.

Sagen wir es vorweg, dass dieser Indikator schon deshalb nicht angebracht ist, weil es laut seiner Definition trotz der besten Politik ja immer Arme gäbe, oder dass selbst eine Erhöhung des Einkommens aller zu mehr und nicht weniger Armut führe, sowie zuletzt, dass der Wegzug einiger Reicher zu weniger Armut führe, obwohl die Situation der Armen unverändert bleibe, alle diese Aussagen stimmen nicht! Sie verkennen die wahre Natur dieses Indikators, der auf dem Medianeinkommen und nicht auf dem Durchschnittseinkommen beruht.

Bevor wir weiter überlegen, was für Aussagen denn ein solcher relativer Armutsbegriff überhaupt zulässt, wollen wir uns daher erst einmal ansehen, wie er genau definiert wird.

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben im Jahr 2001 bei ihrer Zusammen-

kunft im Schloss Laeken (Brüssel) gemeinsame Indikatoren beschlossen, anhand derer sie zukünftig die Erfüllung der gemeinsam gesetzten Ziele im Rahmen der sogenannten Nationalen Aktionspläne² zur sozialen Inklusion (PAN incl) verfolgen wollten. Einer dieser Indikatoren, und zwar der am häufigsten benutzte, ist der Indikator für das Armutsrisiko. Man ist sich also einig gewesen, dass man nicht Armut als solche definieren kann, aber durchaus eine Armutschwelle, unterhalb derer man dem Risiko unterliegt, arm zu werden. Und diese Armutschwelle haben die in Laeken versammelten Staats- und Regierungschefs auf 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens nach Transferzahlungen festgelegt.³ Dem Armutsrisiko ausgesetzt ist also derjenige, dessen Einkommen geringer ist als 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens, anders formuliert: dessen Chancen, im normalen Leben mitzukommen, sich ähnlich wie die anderen benehmen zu können, sind um 40 % geringer als der „Durchschnitt“. Die relative Anzahl der Leute, deren Einkommen unter dieser Armutsrisikogrenze liegt, nennt man dann „Armutsrisikoquote“; sie gibt den Prozentsatz der Bevölkerung (oder einer bestimmten Gruppe der Bevölkerung) an, der dem Armutsrisiko unterliegt.

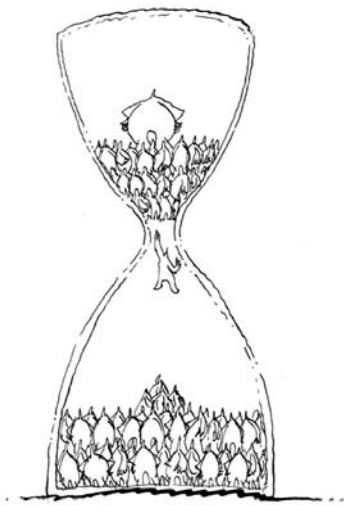
Bleiben wir noch einen Augenblick bei der Frage, was denn die Begriffe „median“, „nach Transferzahlungen“ und „Äquivalenzeinkommen“ bedeuten.

Robert Urbé ist Koordinator bei Caritas Luxemburg.

Beim *Median* handelt es sich um eine mathematische Variante dessen, was wir gemeinhin Durchschnitt nennen. Während man das Durchschnittseinkommen dadurch berechnet, dass alle Einkommen zusammengezählt und dann durch die Anzahl der Einkommensbezieher geteilt werden, ergibt sich beim Median ein Wert, der weniger durch die Extreme (hier sehr hohe bzw. sehr niedrige Einkommen) beeinflusst wird, der also für Luxemburg sich auch dadurch nicht ändern würde, wenn beispielsweise Herr Mittal seinen Wohnsitz hierher verlegen würde. Dies wird dadurch erreicht, dass man (bildlich gesprochen) alle Einkommensbezieher der Reihe ihres Einkommens nach aufstellt, sodass der Erste das niedrigste und der Letzte das höchste Einkommen hat. Das Einkommen desjenigen, der nun in der Mitte steht, ist das Medianeinkommen: genau die Hälfte der Leute hat ein höheres Einkommen, die andere Hälfte ein geringeres Einkommen. Ändert sich nun beispielsweise durch eine Steueranpassung das Einkommen der Hälfte der Bevölkerung mit dem höheren Einkommen als das Medianeinkommen, ohne dass sich das Einkommen der unteren Hälfte auch verändert, bleibt das Medianeinkommen trotzdem gleich (und damit die Armutsquote von 60 %)! Umgekehrt ändert es sich auch nicht, wenn die untere Hälfte eine Einkommensverschlechterung oder -verbesserung erfährt (allerdings fallen dann weniger Leute unter die 60 %-Grenze!).

Das Medianeinkommen variiert also nur dann, wenn in der einen oder anderen Bevölkerungsgruppe signifikant viele Personen dazu kommen, oder wenn sich die Bezüge der Leute signifikant verändern, deren Einkommen um das Medianeinkommen herum liegen. D. h. aber auch, dass politische Maßnahmen in diesen beiden Bereichen zu Änderungen der Armutsrisikoquote führen können, während umgekehrt gezielte Maßnahmen zur Anhebung des Einkommens der Ärmsten überhaupt keinen Einfluss auf die Armutsrisikoquote haben. Dies mindert natürlich schon den Wert dieses Indikators, aber bevor wir dieses Thema vertiefen, wollen wir noch kurz erklären, worum es sich bei Transferzahlungen und beim Äquivalenzeinkommen handelt.

Transferzahlungen sind alle Zahlungen, die der Staat an Einzelpersonen oder Haushalte zahlt (Rente, Kranken-, Arbeitslosen-, Kindergeld, garantiertes Mindesteinkommen/RMG, ...) und die er aus erhobenen Beiträgen, Steuern und Gebühren begleicht. Dass hier das Einkommen „nach Transferzahlungen“ berücksichtigt wird, sagt aus, dass alle diese Transferzahlungen beim Einkommen mitgerechnet werden. Wäre dies nicht der Fall, so hätten wir quer durch Europa eine Armutsrisikoquote von über 45 %!



Um also alle Menschen einer bestimmten Bevölkerung für die Errechnung dieses Indikators gleichrangig betrachten zu können, muss man dem Rechnung tragen, dass es z.B. Kinder gibt, die zwar kein eigenes Einkommen besitzen, aber an dem Einkommen ihrer Eltern teilhaben. Zuerst muss festgehalten werden, dass zur Berechnung des Armutsrisikos nur diejenigen mit einbezogen werden, die in Privathaushalten wohnen. Es werden also diejenigen nicht mitgezählt, die in Gemeinschaftsunterkünften (Hotels, Altenheime, Kinderheime, Obdachlosenheime, ...) wohnen. Sodann bezeichnet das *Äquivalenzeinkommen* das einem Erwachsenen gleichwertige Einkommen. Um alle Mitglieder einer Bevölkerung gemäß obigem Bild in Reih und Glied aufstellen zu können, muss man jedem, also auch den Kindern und den anderen nicht erwerbstätigen Haushaltsmitgliedern ein Einkommen zuordnen

können. Dazu wird in jedem Haushalt das Einkommen aller Mitglieder dieses Haushaltes zusammengezählt, durch eine Referenzzahl geteilt und das so errechnete Einkommen jedem einzelnen Haushaltsmitglied zugeordnet (diese stehen also in der oben beschriebenen „Einkommenskette“ alle nebeneinander). Die Referenzzahl, durch die das gesamte Haushaltseinkommen geteilt wird, ergibt sich dadurch, dass dem ersten Erwachsenen des Haushalts die Zahl 1, allen weiteren, über 14 Jahre alten Personen die Zahl 0,5 und allen unter 14 Jahre alten Kindern die Zahl 0,3 zugeordnet wird; die Haushaltsreferenzzahl ist nunmehr die Summe dieser einzelnen zugeordneten Zahlen.

Wir wissen jetzt, was der hauptsächlichste Armutsindikator bedeutet. Was aber sagt er aus? Kann er uns etwas über die absolute Armut mitteilen?

Zunächst einmal gilt es festzuhalten, dass es sich hier um eine statistische Größe handelt. D. h., eine Armutsrisikoquote wie z. B. in 2008 von 13,4 % sagt nicht aus, dass es genau 13,4 % sind, sondern dass die Erhebung der Daten bei einer Stichprobe (in Luxemburg sind dies knapp 4 000 Haushalte) zu der Schätzung führt, dass mit 95 %iger Wahrscheinlichkeit die gesuchte effektive Zahl in einem Sicherheitsintervall zwischen 12,360 % und 14,438 % liegt, wofür die Zahl 13,4 % ein guter Schätzwert ist. Die Angabe von Dezimalzahlen (z. B. 13,4 %) gaukelt uns dabei eine Genauigkeit vor, die es nicht gibt.

Ein Indikator indiziert, er gibt an, er weist hin. Er beschreibt nicht, er malt kein komplettes Bild. Demnach beschreibt ein Armutsindikator nicht die Armut, sondern gibt Hinweise, anhand derer man Armut besser begreifen kann. Gerade der relative Armutsindikator „Armutsrisikoquote“ kann nichts Absolutes über Armut aussagen. Vielmehr kann er helfen, zu verstehen, wie Armut sich in der Zeit entwickelt, wie sie sich in einem bestimmten Land im Vergleich zu anderen darstellt und wie sie auf einzelne Kategorien von Personen wirkt.

So können wir z. B. feststellen, dass die Armutsrisikoquote für Luxemburg im

Jahre 2007 bei 13,5 % und in 2008 bei 13,4 % lag. Für sich genommen sagt diese Zahl recht wenig aus. Wir könnten aber z. B. konstatieren, dass es Länder gibt, wo sie nur 9 % beträgt. Oder wie es in unseren Nachbarländern aussieht: Frankreich 13 %, Belgien 15 %, Deutschland 15 % und Niederlande 10 %. Wir können aber auch feststellen, dass der europäische Durchschnitt bei 16 %, also noch höher liegt.

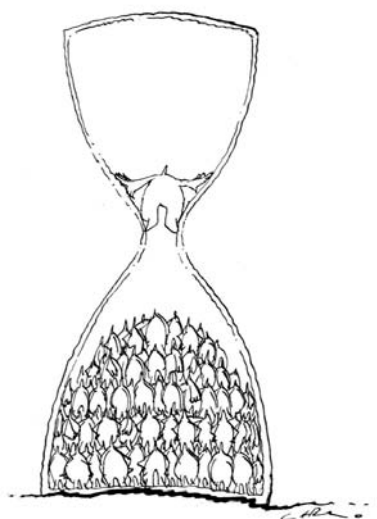
Zum anderen können wir nachschlagen, dass unsere Quote in den vergangenen Jahren niedriger lag: 2003 bei 11 %, 2004 bei 12 % und 2005 bei 13 %. Schließlich muss man beachten, wie das Armutsrisiko sich für einzelne Gruppen der Gesellschaft darstellt und wie weit deren Situation von der allgemeinen abweicht. Bei den sog. *working poor*, also Menschen, die mit ihrer Arbeit nicht genug verdienen, um der Armutsfalle zu entkommen, stieg der Prozentsatz von 8 % auf 9,8 % und nun auf 10,2 %; bei den Mietern, die einem höheren Armutsrisiko unterliegen als diejenigen, die Besitzer ihres Hauses oder ihrer Wohnung sind, stieg er von 18,3 % in 2003 auf zur Zeit 30,3 %.

Inzwischen beträgt der Prozentsatz bei Kindern von 0 bis 17 Jahren 20 % (im Vorjahr: 20 %, 2006: 19,6 %, 2005: 20 %, 2004: 18 %), bei Jugendlichen zwischen 18 und 24 Jahren 16 % in 2007 (2006: 19,3 %, 2005: 15 %, 2004: 12 %). Bei Familien mit mehr als zwei Kindern liegt er bei 25 % (2007: 25 %, 2006: 22,7 %, 2005: 21 %, 2004: 13,9 %) und bei Alleinerziehenden nach 45 % in 2008 und satten 49,2 % in 2006, 32 % in 2005 und 20,8 % in 2004 nunmehr bei 44 %!

Es zeigt sich also im Verlaufe der letzten Jahre ein steter Anstieg, vor allem bei den schwächsten Gruppen: Kindern und Alleinerziehenden!

Es ist daher nicht erstaunlich, sondern nur folgerichtig, dass manche der in letzter Zeit erfolgten Maßnahmen der Luxemburger Sozialpolitik gerade diese Zielgruppen im Visier hatten. Allerdings haben wir weiter oben bereits darauf hingewiesen, dass der Zusammenhang zwischen Politik und ihrer Wirkung auf die Armutsrisikoquote mit Vorsicht zu genießen ist.

Auch und gerade deswegen steht der Indikator „Armutsrisikoquote“ nicht allein da im Arsenal der Statistiker. Neben seiner Aufgliederung nach sozialer Kategorie, Alter, Geschlecht wird er auch mit 40, 50 und 70 % des Medianwerts errechnet, um zu beurteilen, wie groß seine Elastizität ist. Des Weiteren berechnet man auch den mittleren Abstand von der Armutsgrenze sowie die Verteilung um diese herum als weitere Indikatoren.



Außerdem wird untersucht, wie die Verweildauer in der Armutssituation ist, d. h. es wird unterschieden zwischen Haushalten, die in drei aufeinander folgenden Jahren in einem, in zweien oder in allen dreien dem Armutsrisiko ausgesetzt waren. Dieser Indikator ist aus statistischen Gründen nach dem Wechsel der Datenbasis erst ab diesem Herbst wieder berechenbar.

Zum Schluss wollen wir noch anführen, dass auch untersucht wird, wie die Menschen selbst ihre Armut subjektiv empfinden. Dabei werden sie gefragt, wie schwer sie mit dem verfügbaren Einkommen monatlich über die Runden kommen.

Interessant ist dabei zu sehen, dass diese Indikatoren im Prinzip doch immer in die gleiche Richtung zeigen und dass es zu keinen nennenswerten „Widersprüchen“ kommt.

Ebenfalls um Unzulänglichkeiten dieser am Armutsrisiko orientierten Indikatoren

weiter auszugleichen, umfasst die von den Staats- und Regierungschefs in Laeken festgehaltene Liste auch zwei Indikatoren, die die Verteilung des Einkommens messen: den Gini-Koeffizienten sowie das S80/S20-Einkommensverhältnis.

Bei Ersterem stellt man jeweils einem bestimmten Prozentsatz der Bevölkerung (die ähnlich wie oben beim Bestimmen des Medianwerts dem Einkommen nach geordnet ist) den Anteil am Gesamteinkommen gegenüber, den dieser Bevölkerungsteil repräsentiert (dabei wird Einkommen, wie oben bereits erklärt, auch hier als Äquivalenzeinkommen nach Transferzahlungen definiert). Einer solchermaßen erstellten Kurve (die sog. Lorenz-Kurve) kann man dann die unterhalb der Kurve liegende Fläche als Maß zuordnen, und nach Summenrechnung und Normierung ergibt das den Gini-Koeffizienten, der zwischen 0 und 1 liegen kann; je näher er an 1 liegt, je ungleicher ist die Einkommensverteilung. Wäre dieser Gini-Koeffizient gleich 0, so bedeutete das totale Gleichverteilung des Einkommens (also die ersten 10 % bekommen auch 10 % des Einkommens, die nächsten 10 % wiederum 10 % des Einkommens usw.), wäre er hingegen gleich 1, so bedeutete dies totales Ungleichgewicht: alle Menschen haben kein Einkommen, der letzte hingegen bekommt alles. Dieser Messwert für die Ungleichheit der Einkommensverteilung hat sich in Luxemburg ebenfalls in den letzten Jahren verschlechtert, nachdem er sich in den Jahren davor positiv verändert hatte: Er fiel von 0,277 im Jahr 2003 über 0,264 in 2004 auf 0,262 in 2005, um dann in 2006 wieder auf 0,280 zu steigen (dies deckt sich auch mit einer Untersuchung der Privatbeamtenkammer, nach der die höheren Einkommen schneller steigen als die niedrigen). 2007 ist er wieder geringfügig auf 0,27 gefallen und liegt in 2008 bei 0,276.

Das S80/S20-Einkommensverhältnis auf der anderen Seite ergibt sich aus dem Verhältnis des Gesamteinkommens der 20 % Reichsten zum Gesamteinkommen der 20 % Ärmsten. Auch dieser Index fiel von 4 in 2003 über 3,9 in 2004 auf 3,8 in 2005 und stieg in 2006 wieder auf 4,18 an. Das besagt, dass im Jahre 2005 das Fünftel der Reichsten nur 3,8-mal so viel

an Einkommen hatten wie das Fünftel der Ärmsten, dass dies aber in 2006 wieder rund 4,2-mal so viel war. Auch dieser Indikator ist 2007 geringfügig auf 4 gefallen und liegt in 2008 wieder bei 4,1.

2. Andere Indikatoren materieller Armut

Zunächst sei noch darauf hingewiesen, dass auch die monetären Indikatoren nicht alle monetären Aspekte mit aufnehmen, sondern sich allein am Einkommen orientieren. Dabei kann selbstverständlich die Situation zweier Personen oder Haushalte bei exakt gleichem Einkommen aufgrund von anderen Variablen auf dem Ausgaben-sektor grundverschieden sein. Denken wir nur daran, dass die eine Familie womöglich in einem von den Eltern geerbten Haus wohnt, die andere aber die Miete für die Wohnung zusätzlich aus dem ansonsten gleich hohen Einkommen aufbringen muss. Und monetäre Indikatoren sagen auch nicht alles über materielle Armut aus.

Unter anderem wegen der beschränkten Aussagekraft der rein monetären Indikatoren gibt es unter den in Laeken definierten Indikatoren denn auch andere Armutsindikatoren, und sogar weitere für rein materielle Armut. Dazu gehört der Indikator für materielle Entbehrung, der etwas darüber aussagt, über welche Gegenstände des „alltäglichen Bedarfs“ bestimmte Haushalte nicht verfügen. Er gibt den Prozentsatz derjenigen an, die wenigstens bei drei von neun Fragen mit „nein“ antworten mussten. Dabei betreffen die ersten vier das Eigentum an bestimmten Gütern (Auto, Fernseher, Waschmaschine und Telefon), die anderen fünf die Möglichkeit unerwartete Ausgaben zu bestreiten, Rückstände abzubezahlen, eine Woche Urlaub pro Jahr zu verbringen, jeden zweiten Tag Fleisch, Geflügel oder Fisch essen zu können sowie das Haus ausreichend zu heizen. (Auch die Zusammensetzung einer solchen Liste hängt im Endeffekt von der betrachteten Gesellschaft ab; im europäischen Kontext ist dieser Indikator erst jüngst definiert worden und wird noch weiter entwickelt werden.)

Eine andere Möglichkeit, der materiellen Armut mittels eines nicht-monetären Indikators zu Leibe zu rücken, liegt darin,

die Partizipationsmöglichkeiten in der Gesellschaft auszuloten. Wer am Gesellschaftsgeschehen teilnimmt, „gehört dazu“, wer nicht daran teilnimmt, ist ausgeschlossen, also arm. So könnte man beispielsweise die Zahl der Mitgliedschaften in Vereinen (Musikverein, Sportverein, ...) oder das gesellschaftliche Engagement als Freiwillige in diversen Zusammenhängen (gesellschaftlich, politisch, gewerkschaftlich, karitativ, sportlich, kulturell, ...) untersuchen. Ebenfalls könnte man hier den Prozentsatz derer anführen, die keinen Internet-Anschluss haben. Einem solchen

Monetäre Armut zieht häufig soziale, kulturelle und affektive Armut nach sich, aus affektiver Verarmung wird schnell soziale, kulturelle und psychische Armut usw.

Indikator kommt auch der von den EU-Dirigenten gemeinsam festgehaltene über die „selbst berichteten Einschränkungen bei den täglichen Aktivitäten“ sehr nahe. Dazu gibt es im Zusammenhang mit materieller nicht-monetärer Armut noch jenen Indikator, der nicht befriedigten Bedarf an Pflege darstellt. Beide Indikatoren beruhen naturgemäß mehr auf subjektiver Wahrnehmung denn auf objektiv feststellbaren Tatsachen. Es ist aber einerseits aus vielfältigen Untersuchungen bekannt, dass der Gesundheitszustand ärmerer Schichten durchweg schlechter ist, andererseits gibt es auch hier regelmäßige Übereinstimmungen mit den Veränderungen, die bei anderen Indikatoren zu beobachten sind. Denn natürlich ist auch nicht zu leugnen, dass die in diesem Abschnitt angesproche-

nen materiellen nicht-monetären Indikatoren alle letztlich auf monetäre Erscheinungen zurückgeführt werden können.

3. Immaterielle Armut

Dass Armut eher multidimensional ist und nicht nur monokausal erklärt und erfasst werden kann, ist an sich keine neue Erkenntnis. Insofern kann man neben der ökonomischen auch von kultureller, affektiver, sozialer, psychischer, psychosozialer, politischer und ethischer Armut sprechen.⁴ Insbesondere die Abwesenheit von sozialer Anerkennung und Einsamkeit fallen uns hier sofort ein. Alle diese Ansätze zeigen Facetten ein und desselben Phänomens auf, selten trifft man einzelne Aspekte isoliert an: Monetäre Armut zieht häufig soziale, kulturelle und affektive Armut nach sich, aus affektiver Verarmung wird schnell soziale, kulturelle und psychische Armut usw. Wenn wir im vorhergehenden Abschnitt gesehen haben, wie schwierig es bereits ist, Armut in Bezug auf einen verhältnismäßig doch objektivierbaren Aspekt wie monetäre Verhältnisse hin genau zu definieren, so leuchtet es ein, dass dies in Bezug auf immaterielle Aspekte noch wesentlich schwerer fällt. Allerdings haben wir gesehen, dass bei monetärer Armut die subjektiven Elemente doch häufig in dieselbe Richtung zeigen wie bei den objektiven, sodass man hoffen und vermuten kann, dass dieses auch für die immateriellen Aspekte gilt. Man könnte also die Schwierigkeit der Bemessung immaterieller Aspekte der Armut dadurch beheben, dass die Armen selbst befragt werden. Allerdings verbirgt sich hier ein methodisches Problem, nämlich dass man erst nach der Befragung vermu-

Ein Beispiel zur Berechnung des Äquivalenzeinkommens:

Ein Haushalt besteht aus dem Ehemann, der 2000 Euro netto verdient, seine Frau verdient monatlich als Teilzeitkraft 1000 Euro netto, der 16-jährige Sohn verdient 680 Euro netto im Monat und dann gibt es noch eine 11-jährige Tochter. Das gesamte verfügbare Einkommen des Haushalts beträgt inklusive des Kindergeldes 3680 Euro. Die Referenzzahl setzt sich zusammen aus 1 für den Ehemann, jeweils 0,5 für die Mutter und den Sohn sowie 0,3 für die Tochter, macht 2,3. Das Gesamteinkommen von 3680 Euro geteilt durch 2,3 ergibt 1600 Euro, die jedem der vier Haushaltsmitglieder nun als Äquivalenzeinkommen zugeordnet werden (im Vergleich: 4×1600 ergibt 6400 Euro und nicht 3680 Euro. Hierdurch wird z. B. ausgeglichen, dass alle vier fernsehen können, obwohl dafür nur ein Fernseher gekauft werden musste. Würde es sich bei diesen vier Personen um Junggesellen handeln, müssten sie vier Fernseher kaufen).

ten kann, ob der Befragte zum Kreis der Armen gehört.⁵

4. Arme Länder, arme Menschen

Einen völlig anderen Weg gehen die Vereinten Nationen und ihr Entwicklungsprogramm (EPVN, PNUD oder UNDP je nach Sprache): es wird nicht auf die Armut einzelner Menschen abgestellt, sondern es werden Kriterien entwickelt, anhand derer ganze Länder auf einer Skala von reich bis arm abgebildet werden können. Hierbei kommt mit dem humanen Entwicklungsindex (HEI, IDH oder HDI) ein sog. zusammengesetzter Index zum Tragen, der aus folgenden Einzelkomponenten besteht: Gesundheit (gemessen durch die Kindersterblichkeit), Bildung (gemessen durch den Prozentsatz derer die höhere Bildung genossen haben) sowie der Lebensstandard (gemessen durch das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung). Dieser Index wird zur Zeit durch einen neuen ersetzt, den multidimensionalen Armutsindex (MAI, IMP oder MPI), der mit zehn statt drei Dimensionen arbeitet. Hierbei wird die Gesundheit neben der Kindersterblichkeit durch die Ernährungslage ergänzt, Bildung durch die Anzahl der besuchten Schuljahre und der Lebensstandard durch das Vorhandensein von Elektrizität, Trinkwasser, sanitären Installationen, dem Zustand des Fußbodens in den Häusern, das Brennmaterial, das zum Kochen verwen-

det wird, sowie das Nichtvorhandensein von 4 aus 5 Elementen (Radio, Fernseher, Telefon, Fahrrad und Motorrad).

5. Ausblick

Zusammenfassend können wir auf der Ebene der Systematik festhalten, dass es nicht einfach ist, Armut zu definieren, dass aber gemeinsame Abmachungen eine Hilfe sein können, das Phänomen gleichartig anzugehen. Vorliegende Indikatoren sind daher immer auf ihre Aussagekraft hin kritisch zu hinterfragen, aber auch nicht von vorneherein als für Luxemburg ungeeignet abzutun.

Wenn man einige der rezent erfolgten Maßnahmen der Luxemburger Regierung, wie die Einführung des Kinderbonus, anderer Steuerboni (Arbeitnehmer-, Alleinerziehendenfreibetrag u. ä.) sowie der Dienstleistungsschecks auf ihre Auswirkungen bezüglich der Armut in Luxemburg untersuchen will, so muss man als Erstes festhalten, dass diese Maßnahmen wegen ihrer Zielgerichtetheit (im Gegensatz zum früher üblichen Gießkannenprinzip) auf jeden Fall die Armut verringern helfen. Einige dieser Maßnahmen werden aber nicht unbedingt eine Senkung der Armutsrisikoquote zur Folge haben. Deswegen wird man sicherlich in Zukunft noch differenzierter auf die uns zur Verfügung stehenden Indikatoren schauen müssen, und sollten diese wieder

einmal reformuliert werden, darauf drängen müssen, dass auch bei den monetären Aspekten nicht nur alleine das Einkommen berücksichtigt wird, und dabei nicht nur jenes Einkommen, das wirklich in barer Münze erfolgt, sondern auch jene einkommensgleichen Vorteile mit erfasst werden, die offensichtlich den gleichen Effekt wie ein zusätzliches Bareinkommen haben.

Weitere gezielte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in Luxemburg könnten aber auch von der Regierung in Angriff genommen werden. Dazu zählt eine Reform des garantierten Mindesteinkommens (RMG, Individualisierung des Anteils, der für Miete ausgegeben werden muss, Erhöhung des Kinderanteils, ...) ebenso wie eine weitere konsequente Bekämpfung der exorbitant hohen Mieten und generell Wohnungskosten. Zudem sind weitere familienpolitische Maßnahmen denkbar, welche die Nachteile von Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen ausgleichen helfen. Hierzu zählen sowohl Ferienkosten (Ansätze dazu sind bei den vorgesehenen Dienstleistungsschecks vorhanden) als auch Kleider-, Schul-, Freizeit- und nicht zuletzt Wohnungskosten. Viele Maßnahmen aus den letzten Jahren der augenblicklichen Regierungskoalition gingen in die richtige Richtung; es bleibt zu hoffen, dass dieser Elan nicht unter dem Eindruck der augenblicklichen Krise zurückgefahren wird. ♦

Weitere Überlegungen und Untersuchungen zu der hier vorgestellten Thematik gibt es jährlich in dem vom STATEC im Oktober herausgegebenen *Rapport sur le travail et la cohésion sociale* sowie im seit 2007 ebenfalls jährlich im April von der Caritas publizierten *Sozialalmanach*.

1 In manchen Fällen wurde auch 1,25 USD als Grenze gewählt.

2 Zur Funktion der Nationalen Aktionspläne und des PAN incl vgl. *Sozialalmanach* 2007, S. 29 ff.

3 Die OECD und die UNICEF, die ansonsten mit derselben Definition operieren, haben diese Grenze bei 50 % festgelegt.

4 Eine solche multidimensionale Betrachtung der Armut hat beispielsweise Caritas Europa im zweiten Kapitel ihres Armutspapiers *Armut unter uns* vorgelegt: www.caritas-europa.org.

5 Auf EU-Ebene gibt es Bestrebungen einen neuen Indikator hinzuzufügen, der das Wohlbefinden der Kinder messen soll. Allerdings ist dieser Indikator nach mittlerweile vier Jahren immer noch „in Bearbeitung“.

